Deutscher Bundestag **Drucksache 14/819**
14. Wahlperiode
21. 04. 99

Antrag

der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Cajus Caesar, Marie-Luise Dött, Georg Girisch, Dr. Paul Laufs, Vera Lengsfeld, Bernward Müller (Jena), Franz Obermeier, Dr. Peter Paziorek, Christa Reichard (Dresden), Dr. Christian Ruck, Hartmut Schauerte, Norbert Schindler, Hans-Peter Schmitz (Baesweiler), Werner Wittlich und der Fraktion der CDU/CSU

Festhalten an den Zusagen zum Bau von sichereren Ersatzreaktoren in der Ukraine

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Bemühungen der EU-Kommission um eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit mit der Ukraine und fordert die Bundesregierung auf, umgehend die Zusagen, die im Rahmen der G7-Verhandlungen gemacht wurden, einzulösen und so den deutschen Beitrag zur Entschärfung der Sicherheitslage für die Ukraine und für ganz Europa zu leisten. 80 % der Bauleistung der beiden bereits gebauten Ersatzreaktoren, die zu einer früheren Abschaltung von Tschernobyl notwendig sind, wurden fertiggestellt. Es ist selbstverständlich, daß auch die Ukraine auf die Fertigstellung der als Ersatz versprochenen Reaktoren drängt. Kurz vor der Fertigstellung der Reaktoren darf das internationale Projekt nicht durch Deutschland gefährdet werden. Besonders da es im Interesse der Bundesrepublik Deutschland ist, die Sicherheit der Kernenergienutzung in Osteuropa zu verbessern.

Bonn, den 21. April 1999

Kurt-Dieter Grill
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Cajus Caesar
Marie-Luise Dött
Georg Girisch
Dr. Paul Laufs
Vera Lengsfeld
Bernward Müller (Jena)
Franz Obermeier
Dr. Peter Paziorek
Christa Reichard (Dresden)
Dr. Christian Ruck
Hartmut Schauerte
Norbert Schindler
Hans-Peter Schmitz (Baesweiler)
Werner Wittlich
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Begründung

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, plant, die von der ehemaligen Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Angela Merkel, gemachten Zusagen gegenüber der G7 – den Beitrag in Höhe von 23,6 Mio. US-Dollar an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, London, für den Sarkophag-Fonds des Unfallreaktors von Tschernobyl – rückgängig zu machen. Der zugesagte Beitrag ergab zusammen mit dem deutschen Anteil am Beitrag der Europäischen Kommission einen deutschen Gesamtbeitrag von über 52 Mio. US-Dollar. Die Ukraine sollte Leistungen im Gegenwert von 50 Mio. US-Dollar für die Durchführung des Sarkophag-Projekts erbringen und zusätzlich 100 Mio. US-Dollar für begleitende Maßnahmen am Standort Tschernobyl aufbringen.

Die Gesamtkosten für das Sarkophag-Projekt betragen ca. 760 Mio. US-Dollar. Davon sind 350 Mio. US-Dollar gedeckt.

Die Ukraine befindet sich gegenwärtig in einem tiefgreifenden Transformationsprozeß zu einer neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Die dringend notwendige Sanierung des Sarkophags mit Kosten von mehr als 750 Mio. US-Dollar ist eine zusätzliche Belastung, die nur mit solidarischer und umfassender Hilfe der internationalen Gemeinschaft getragen werden kann.

Gravierende technische und betriebliche Mängel führten 1986 zu einer Katastrophe mit weitreichenden Folgen für Mensch und Umwelt. Der Unfallreaktor wurde damals unter hohem Zeitdruck und mit erheblichen Strahlenbelastungen für die eingesetzten Arbeitskräfte mit einer Ummantelung, dem Sarkophag, umschlossen. Inzwischen weist der Sarkophag zunehmend Risse und Undichtigkeiten auf; das Risiko eines Einsturzes wächst.

Ziele der vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen sind:

– Gewährleistung der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes,

– Errichtung einer zusätzlichen, baulichen Ummantelung,

– Überführung in ein ökologisch sicheres System.

Zur Durchführung der Arbeiten haben ukrainische und westliche Experten einen detaillierten Finanzierungsplan erstellt, der 1997 von den Regierungen der G7-Staaten und der Ukraine als Grundlage für die weiteren Arbeiten vereinbart wurde.

Das Projekt steht in engem Zusammenhang mit dem Memorandum of Understanding zwischen der Ukraine und den G7-Staaten sowie der Europäischen Kommission vom Dezember 1995, das die Schließung des Kernkraftwerks Tschernobyl bis zum Jahr 2000 vorsieht. Hierzu sollen zwei Ersatzreaktoren gebaut werden. Das Memorandum umfaßt zudem die Reform des Energiesektors und erhebliche Investitionen zur Verbesserung der Energieeffizienz konventioneller Kraftwerke.